



Antrag der Fraktionen Marburger Bürgerliste und CDU	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0354/2008 öffentlich 30.05.2008 30.05.2008	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der MBL und CDU-Fraktionen betr. Umgang mit Anträgen der Fraktionen

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtverordnetenvorsteher möge seine Auffassung darlegen, welche Kriterien entscheidend sind, ob Anträge der Fraktionen auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung genommen werden oder nicht. Er möge begründen, warum er in der Vergangenheit die unten aufgeführten etwa 30 Anträge von SPD, Bündnis90/Die Grünen und Marburger Linke ohne Diskussion auf die Tagesordnung genommen hat, Anträge von MBL (zu Dagmar Metzger) und CDU (zu Tibet) aber nicht. Er möge ausführen, wie er mit der Antrag stellenden Fraktion umgehen will, wenn er einen Antrag nicht auf die Tagesordnung nimmt. Er möge darlegen, warum er im Falle des obigen MBL Antrags die Fraktion nicht rechtzeitig über seine Entscheidung informiert hat und ihr damit keine Gelegenheit gegeben hat, über Vorlage von Unterschriften den Antrag auf die Tagesordnung zu setzen. Dringend klarzustellen ist die Einschätzung des Stadtverordnetenvorstehers zur Mitteilung von Herrn Schlempp vom Hessischen Städtetag, der die Befassungskompetenz der Stadtverordnetenversammlung anspricht.

Begründung:

Die Dringlichkeit des Antrags ergibt sich aus dem widersprüchlichen Verhalten des Stadtverordnetenvorstehers in Bezug auf Anträge der Fraktionen. Seine Entscheidungen scheinen aus einer inhaltlichen Beurteilung der Anträge zu resultieren. Diese Zensur steht im krassen Gegensatz zu der Verpflichtung des Stadtverordnetenvorstehers zur Überparteilichkeit im Amt. Dieses Verhalten gefährdet in hohem Maße das parlamentarische System und eine Diskussion dieses Verhaltens duldet keinen Aufschub.

gez. Dr. Hermann Uchtmann (MBL)

gez. Philipp Stompfe (CDU)

28.08.2006		VO/0594/2006 Antrag B90/Die Grünen/SPD-Fraktionen betr. Abschiebestopp
15.05.2006		VO/0305/2006 Dringlicher Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Studienbeiträge
06.03.2006		VO/0182/2006 Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Hessisches Gleichberechtigungsgesetz
23.09.2005		VO/0552/2005 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen B 90/Die Grünen und SPD betr.: Rücknahme der kinder- und familienfeindlichen Vorgaben im Erlass des Hessischen Innenministers vom 3. August 2005
23.09.2005		VO/0552/2005 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen B 90/Die Grünen und SPD betr.: Rücknahme der kinder- und familienfeindlichen Vorgaben im Erlass des Hessischen Innenministers vom 3. August 2005
30.09.2004		VO/0684/2004 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Novellierung des HeNatG - Keine Einschränkung der Rechte der Naturschutzbeiräte
16.07.2004		VO/0528/2004 Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Gesetzentwurf zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung; Beschränkung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

29.06.2004		VO/0463/2004 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Keine gentechnisch veränderten Nahrungsmittel
17.10.2003		VO/1810/2003 Antrag der SPD und B90/Die Grünen- Fraktionen betr.: Gemeindefinanzreform
02.09.2003		VO/1668/2003 Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Bremer Erklärung zur Gleichstellung Behinderter
30.06.2003		VO/1514/2003 Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Erhalt des Verbots der Wohnraumzweckentfremdung
14.04.2003		VO/1278/2003 Antrag B 90/Die Grünen und SPD-Fraktionen betr. Ausbildungs- und Beschäftigungsplätze sowie Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche, junge Erwachsene und Personen mit besonderen Problemen auf dem Arbeitsmarkt
01.04.2003		VO/1238/2003 Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Verbesserung der Ausbildungssituation und der beruflichen Bildungs- und Eingliederungsmaßnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene
05.09.2002		VO/0613/2002 Antrag der SPD und B90/Die Grünen - Fraktionen betr. Sofortige Rücknahme der jüngsten Änderungen des Hessischen Wassergesetzes vom 26. Juni 2002

03.04.2002 VO/0230/2002 Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Genehmigungspflicht für Mobilfunkanlagen

21.11.2007 VO/1855/2007 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Hessisches Vergabegesetz

18.10.2007 VO/1665/2007 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Sorge um verurteilte Studierende - Teil 2 - Spende

12.09.2007 VO/1565/2007 Antrag der Marburger Linke - Fraktion betr. Hessisches Auftragsvergabegesetz

09.07.2007 VO/1514/2007 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Solidarität mit DGB-Sekretär Dr. Immelt

09.07.2007 VO/1514/2007 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Solidarität mit DGB-Sekretär Dr. Immelt

22.12.2006 VO/0986/2006 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Studiengebühren

24.11.2006		VO/0909/2006 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Unterstützung der Verfassungsklage gegen Studiengebühren
21.09.2006		VO/0675/2006 Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Protest gegen die Abschiebung der Familie Kpakou
31.05.2006		VO/0357/2006 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Stellungnahme von Vertretern Kommunalen Spitzenverbände zur "Reform des SGB II"
19.05.2006		VO/0322/2006 Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Studiengebühren in Hessen
12.01.2006		VO/0028/2006 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Biogene Kraftstoffe
09.12.2005		VO/0734/2005 Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. EU-Dienstleistungsrichtlinie (Bolkesteinrichtlinie)
14.10.2004		VO/0736/2004 Antrag der PDS/ML -Fraktion betr. "Sale-and-lease-back-Finanzierung mit Barwertvorteil"

19.08.2003		VO/1636/2003 Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Ausschluss von "Cross-Border-Leasing"-Geschäften
12.08.2002		VO/0553/2002 Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Finanznot der Gemeinden
06.11.2001		VO/0503/2001 Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Krieg gegen Afghanistan